

LinuxTag

Bund setzt auf Open-Source

[05.07.2001] Die Bundesregierung will die Abhängigkeit von einzelnen Softwareherstellern verringern und setzt auf Open-Source-Software. Dies erklärte Staatssekretärin Brigitte Zypries bei der Eröffnung des LinuxTages in Stuttgart.

Open-Source-Software und insbesondere das Betriebssystem Linux haben langsam auch in der öffentlichen Verwaltung einen festen Platz. Das erklärte Staatssekretärin Brigitte Zypries anlässlich der Eröffnung des LinuxTages am 5. Juli 2001 in Stuttgart. Die Bundesregierung wolle zugunsten von Open-Source-Software die einseitige Abhängigkeit von einzelnen Softwareherstellern verringern - auch in der öffentlichen Verwaltung. Monokulturen seien nicht nur in der Ökologie, sondern auch in der Informationstechnik eine ungute Entwicklung, sagte Zypries.

Schon jetzt werden in einigen Bundesbehörden Linux-Systeme eingesetzt, derzeit vor allem im Server-Bereich. Beispiele sind das Bundesamt für Finanzen, das Zollkriminalamt, das Beschaffungsamt des Bundesinnenministeriums und das Bundespresseamt. In Pilotprojekten testen mehrere Behörden den Einsatz auch im Client-Bereich. Ziel der Projekte ist es, Open-Source-Software in verschiedensten Einsatzszenarien zu erproben, um anschließend allen Behörden des Bundes die Möglichkeit zu geben, bei jeder Softwarebeschaffung auch die Open-Source-Produkte in die engere Wahl nehmen zu können. Der LinuxTag ist mit 50 Ausstellern die größte Fachmesse und Konferenzveranstaltung zu freier Software und Linux in Europa.

()

Stichwörter: Messen | Kongresse, Linux, Open-Source, Betriebssysteme, Brigitte#zypries, Linuxtag